Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Peter Meyer

Abg. Volker Bauer

Abg. Stefan Schuster

Abg. Markus Ganserer

Abg. Ingrid Heckner

Staatssekretär Johannes Hintersberger

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf zunächst den **Tagesordnungspunkt 1** aufrufen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zur Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (Drs. 17/4607)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. – Ich darf als Erstem Herrn Kollegen Meyer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Wochen wurde unser Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes in diesem Haus ausführlich diskutiert; ich brauche daher auf Details nicht einzugehen. Aber lassen Sie mich bitte noch einmal klarstellen: Es geht uns ausschließlich um die Abschlagsfreiheit. Wir wollen nur erreichen, dass der Versorgungsabschlag nicht nach 45 Dienstjahren, sondern nach 45 Berufsjahren entfallen soll. Der Ruhegehaltssatz soll sich weiterhin einzig und allein nach der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit richten. Auch die Anrechnung der Rente auf die Pension lässt unser Gesetzentwurf unangetastet.

Liebe Frau Kollegin Heckner, wir hatten ja die Diskussion im Ausschuss. Es geht uns nicht darum, dass jemand, der Rentenbeitragszeiten in der Privatwirtschaft vorweist und sowohl Renten- als auch Pensionsansprüche hat, insgesamt mehr erhalten soll als die sogenannten Nur-Beamten – das ist ein schöner Fachbegriff –, also als die Beamten, die ihre gesamte Lebenskraft stets dem Staat zur Verfügung gestellt haben. Nein, er soll das Gleiche bekommen. Niemand in diesem Raum möchte, dass jemand, der sowohl Beamter als auch Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft war, mehr bekom-

men soll als der sogenannte Nur-Beamte. Es geht uns ausschließlich um die Abschlagsfreiheit.

Auch die Vorschriften, nach denen eine Anrechnung der Renten auf die Versorgungsbezüge erfolgt – wenn man sich die Petitionen, die das ganze Jahr hereinkommen, anschaut, sieht man übrigens, dass das ein sehr großes Ärgernis ist –, wollen wir mit dem Gesetzentwurf nicht antasten. Es geht auch nicht, wie uns vorgehalten wurde, um eine Subventionierung der für das Dienstverhältnis nicht relevanten Vordienstzeiten; denn die Vordienstzeiten würden sich nach unserem Gesetzentwurf gerade nicht versorgungserhöhend auswirken. Die beamtenrechtliche Pension soll nur für die geleisteten Dienstjahre bezahlt werden. Es geht uns lediglich – ich betone es zum dritten Mal – um die Abschlagsfreiheit. Wie schon oft, aber wohl nicht oft genug gesagt: Die Zeiten in der Privatwirtschaft sollen sich nicht erhöhend auf die Pension auswirken; sie sollen aber bei der Ermittlung der Abschlagsfreiheit Berücksichtigung finden. Wer 45 Jahre seines Lebens gearbeitet hat, der soll mit 64 Jahren in den Ruhestand gehen können, ohne dass er einen Abschlag - isoliert auf den auf das Beamtenverhältnis bezogenen Ruhegehaltssatz - hinnehmen muss.

Die Auszahlungen sollen auch nicht höher sein als die anteilig erworbenen Anwartschaften für die Beamtenpension. Das Ruhegehalt soll sich nach unserem Gesetzentwurf nur aus den geleisteten Dienstjahren errechnen, also aus den Jahren, für die Anwartschaften erworben wurden. Es ist unser Anliegen, dass die erworbenen Anwartschaften nicht wieder genommen werden. Durch den Versorgungsabschlag werden aber gerade diese erworbenen Anwartschaften in bestimmten Fällen wieder genommen.

Ein konkretes Beispiel – das ist ein echter Fall; der Betroffene hat sich an uns gewandt –: Der Petent begann mit 14 Jahren eine Ausbildung und arbeitete anschließend in dem erlernten Beruf. Er befand sich somit in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Mit 20 Jahren ging er zur Bundeswehr. Mit 28 Jahren trat er – zunächst im Angestelltenverhältnis – in den öffentlichen Dienst ein, bevor er

schließlich mit 30 Jahren in das Beamtenverhältnis berufen wurde. Heute ist der Petent 64 Jahre alt und hat 50 Jahre seines Lebens gearbeitet; als Dienstzeit gelten aber nur 43. Würde er nun auf eigenen Antrag mit 64 Jahren in den Ruhestand versetzt werden, müsste er einen Versorgungsabschlag in Höhe von 0,3 % für jeden Monat hinnehmen, den er vor Erreichen der 45 Dienstjahre in den Ruhestand ginge. Das wären konkret 5,3 %.

Wir möchten dem Petenten ermöglichen, dass er ohne diese Abschläge in den Ruhestand gehen kann. Sein Ruhegehaltssatz soll sich nicht aus den 50 Berufsjahren, sondern aus den 43 Dienstjahren errechnen; das ist klar. Die Rente, die er für die Jahre in der Privatwirtschaft bekommt, würde natürlich auf die Pension angerechnet werden, sodass er zwar nicht mehr erhielte als der vergleichbare Nur-Beamte, aber abschlagsfrei in Pension gehen könnte.

Das ist unser Anliegen. Das halten wir für gerecht. Ich bitte nochmals um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Bauer. Bitte schön, Herr Kollege.

Volker Bauer (CSU): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute vermeintlich wieder einmal um Gerechtigkeit. Es ist schon erstaunlich, wie oft die Kollegen der Opposition - absolut überparteilich - darüber entscheiden wollen, was gerecht ist. Manchmal habe ich den Eindruck, in den Augen der Kollegen der Opposition gelte: Gerecht ist, wenn der Bürger mehr zahlt. – Anders kann ich mir den heute vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion der FREIEN WÄHLER zur Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes, den SPD und GRÜNE freundlicherweise unterstützen, nicht erklären. Es gehe schließlich, so Kollege Schuster, um nicht mehr und nicht weniger als darum, eine "Gerechtigkeitslücke" zu schließen,

(Beifall des Abgeordneten Stefan Schuster (SPD))

auch wenn Kollege Ganserer erkennt, dass der Gesetzentwurf – ich zitiere – "ohne Zweifel zu Mehrausgaben führen" würde. Hinsichtlich der tatsächlichen Höhe mag – ich zitiere noch einmal – "manches vage" sein. Die Kollegen wissen also weder, wie viel ihr Antrag kosten würde, noch woher das Geld kommen soll. Aber sie stimmen – ich zitiere ein drittes Mal – "aus Gründen der Gerechtigkeit" zu. Der Bürger wird schon zahlen.

Ich bin wirklich froh darüber, dass meine Kinder noch zu jung sind, um die Diskussion hier im Stream zu verfolgen. Andernfalls hätte ich zu Hause ein echtes Problem; denn dann würde mein Sohn wohl sehr oft vor mir stehen und ein neues Fahrrad, neue Fußballschuhe und was weiß ich fordern – aus Gerechtigkeitsgründen, versteht sich –, damit er gegenüber seinen Freunden nicht schlechtergestellt ist, und dies unter absoluter Missachtung der Frage, ob er sich das Fahrrad oder die Fußballschuhe beispielsweise durch Mithilfe im Haushalt verdient hat.

Um von diesem Bild zum Antrag zu kommen: Genauso, wie ich meinem Sohn auf die motzige Forderung: "Die anderen haben das doch auch!", erkläre, dass Äpfel nicht mit Birnen vergleichbar sind, hat der geschätzte Kollege Ländner der Opposition bereits erklärt, dass es ein Unterschied ist, ob ich nach drei Halben oder einem guten Frankenwein "eine vage Gerechtigkeitsdiskussion" mit philosophischem Anspruch führe oder ob ich eine dienstrechtliche Entscheidung zu treffen habe.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das hätten Sie besser ablesen können!)

Ungleiches darf nicht gleich behandelt werden. Wenn jemand nicht mit 19 Jahren, sondern erst nach einer wie auch immer gearteten Karriere in der freien Wirtschaft Beamter wird, dann mag er gute Gründe für diesen Schritt haben. Vorteile aus dieser Entscheidung hat er sowieso. Das habe ich bereits in meiner ersten Rede in diesem Haus hervorgehoben.

Die durchschnittliche Rente – wohlgemerkt, meine sehr geehrten Damen und Herren – für Männer in den alten Bundesländern beträgt 1.350 Euro. Diese Rente erhalten die-

jenigen, die als Angestellte und Arbeiter dafür geschuftet haben, dass die Wirtschaft läuft, damit wir uns den Staat mit seinen Beamten leisten können. Der eher niedrig angesetzte Durchschnittsbeamte mit abschlagsfreiem Maximalruhegehalt der Besoldungsgruppe A 6 hingegen bekommt 1.650 Euro. 1.350 Euro zu 1.650 Euro – ich denke, der Unterschied fällt Ihnen auf, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es stimmt: Für diejenigen, die aus der freien Wirtschaft kommen und aus Sicherheitsgründen in das Beamtentum gewechselt sind, lohnt sich dieser Schritt, zumal sich weder in der freien Wirtschaft noch im Beamtentum die Möglichkeit findet, abschlagsfrei mit 64 Jahren in den Ruhestand zu gehen. Dies ist ein vom Freistaat Bayern gewährtes Privileg für diejenigen, die ihr Leben in den Dienst des Staates gestellt haben, und zwar ihr komplettes Erwerbsleben mit über 45 Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der geschätzte Kollege Fackler hat es bereits ausgeführt, aber ich wiederhole es, damit es alle Kollegen verstehen. Mit dem Eintritt in den Staatsdienst wird eine Anwartschaft aufgebaut. Berücksichtigt werden bei diesen sehr weit gefassten Berechnungen auch dienstzeitrelevante Vorzeiten sowie Ausbildungs- und Erziehungszeiten. Sprich, bei einem jungen Menschen, der sich nach einer schulischen Ausbildung entschließt, in den Staatsdienst zu gehen, läuft dieser Zähler ab einem Alter von circa 19 Jahren. Das Alimentationsprinzip des Beamtenrechts geht davon aus, dass er sich ab diesem Zeitpunkt Erfahrungen und Wissen im Beamtentum bzw. in der Vorbereitung auf dieses aneignet.

Dieses Prinzip, das wir von den Besoldungsstufen kennen, bestimmt am Ende der Beamtenlaufbahn tatsächlich die erworbene Anwartschaft und damit die Höhe des Ruhegehalts. Wenn also, wie im Fall der Beamten mit gemischter Erwerbsbiografie, die Ruhestandsauszahlung höher ist als die im Staatsdienst erworbene Anwartschaft, dann muss ich mich doch ernsthaft fragen, wie hier von einer Ungerechtigkeit oder einer Gerechtigkeitslücke gesprochen werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Mitglieder des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes sind wir kein Beamtenbeglückungskomitee, sondern dafür da, die Anliegen, mit denen sich unsere Beamten als mündige Staatsbürger an ihren Dienstherrn im Freistaat Bayern wenden, nach bestem Wissen und Gewissen einzig vor dem Hintergrund seiner sachlich-rechtlichen Berechtigung zu prüfen und daraus politische Schritte abzuleiten.

Diesen Anspruch, liebe Kolleginnen und Kollegen, vermisse ich bei denjenigen, die den Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes als Plattform für kostspielige Wählerwerbung missbrauchen wollen. Aber nicht mit uns, nicht mit der CSU! Wir haben Respekt für Erwerbsbiografien, bei denen 45 und mehr Arbeitsjahre auf der Uhr stehen. Aber im Gegensatz zur Opposition verkennen wir nicht die Realität; denn in dieser steht Bayern mit der Regelung zum abschlagsfreien Antragsruhestand bundesweit an der Spitze.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Jawohl! – Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Magerer Applaus!)

Wir verkennen nicht, dass die Anknüpfung an das 64. Lebensjahr ein bayerisches Alleinstellungsmerkmal und Privileg ist, und wir verkennen vor allem nicht, wer unseren Staat finanziert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen wir die Kirche im Dorf. Muten wir unseren Unternehmen, Arbeitern und Angestellten nicht noch höhere und sachlich absolut unbegründete Kosten zu; denn das ist alles, aber nur nicht gerecht.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Bevor ich jetzt die Zwischenbemerkung des Kollegen Meyer aufrufe, darf ich

bekannt geben, dass die CSU-Fraktion zu diesem Gesetzentwurf namentliche Abstimmung beantragt hat. - Herr Kollege Meyer, bitte.

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Ihres Hinweises hätte es gar nicht bedurft. Bei einem Blick auf die Bank der Fraktion der CSU wissen wir schon, warum es eine namentliche Abstimmung geben wird.

Lieber Kollege Bauer, Sie haben zum wiederholten Mal auch entgegen meinen heutigen Ausführungen das wiederholt, was nicht stimmt. Sie haben gesagt, wir sollen die Kirche im Dorf lassen. Überlegen Sie sich einmal, wie dick Sie heute aufgetragen haben mit Ihrem Pathos. Aber das ist ein anderes Problem.

Nachdem wir Sie jetzt nicht davon überzeugen können – das war mir ja klar –, habe ich folgende Frage an Sie: Halten Sie es für gerecht, dass ein Beamter, der nicht abschlagsfrei in Pension geht, weil es eben nach Dienstzeiten geht, diesen Verlust durch den Abschlag nicht mit seinen erworbenen Rentenversicherungsansprüchen auffüllen darf, weil der Freistaat Bayern nämlich die Rente einkassiert, indem er sie auf die auszahlende Pension anrechnet? Halten Sie das für ein Indiz für die Richtigkeit dessen, was Sie hier sagen, hier werde zu viel bezahlt? Können Sie oder wollen Sie nicht verstehen, dass es natürlich mehr kostet, wenn wir das jetzt abschaffen würden? Aber der eigentliche Grund ist, dass sich der Freistaat Bayern als Dienstherr im Augenblick an den erworbenen Rentenversicherungsansprüchen der Beamten bereichert, das heißt, er nimmt zu viel ein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Ingrid Heckner (CSU): Das ist eine Unverschämtheit!)

Volker Bauer (CSU): Lieber Kollege Meyer, in meiner Begründung war ausführlich erläutert, dass wir da ein bisschen auf Enkelgerechtigkeit in unseren Ausgaben achten. Wir müssten mit höheren Ausgaben rechnen, und daher werden wir dem Ganzen nicht zustimmen. Ich habe es gerade eben gesagt: Ein Beamter bekommt dann

300 Euro mehr als ein normaler Arbeitnehmer. Insofern haben wir gute Argumente, Ihren Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt ist der Kollege Schuster bereit. Bitte schön, Herr Kollege Schuster.

Stefan Schuster (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es ja schon in der Ersten Lesung angekündigt: Wir werden dem Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER heute zustimmen; denn mit diesem Gesetzentwurf – ich wiederhole es heute, lieber Kollege Bauer – wird eine echte Gerechtigkeitslücke geschlossen.

Lassen Sie mich kurz auch noch auf den Vorwurf, dass wir mit diesem Thema kostspielige Wählerwerbung machen, eingehen. Beim Machen kostspieliger Wählerwerbung sind doch Sie die Weltmeister, zum Beispiel beim Betreuungsgeld.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wie gesagt, es kann eine echte Gerechtigkeitslücke geschlossen werden; denn die derzeitige gesetzliche Regelung empfinden viele Betroffene als sehr ungerecht. Es gibt viele Betroffene, denen die in der freien Wirtschaft erworbenen Beitragsjahre nicht auf eine abschlagsfreie Ruhestandsversetzung nach 45 Jahren im Alter von 64 Jahren angerechnet werden. Es sind weniger die regulären Verwaltungsbeamten oder Finanzbeamten, die als Beamte die 45 Dienstjahre zusammenbringen, weil sie bereits früh die Beamtenlaufbahn eingeschlagen haben. Es sind hauptsächlich die technischen Berufe, die der Freistaat auch händeringend sucht, die nicht diese 45 Jahre zusammenbringen, um mit 64 dann abschlagsfrei in den Ruhestand gehen zu können. Es sind vor allem Vermessungsbeamte, Justizvollzugsbeamte, Lebensmittelkontrolleure und Flussmeisterinnen und Flussmeister, die oft erst viel später in die Beamtenlaufbahn einsteigen, weil sie vorher in der freien Wirtschaft gearbeitet haben, in der freien Wirtschaft ihre Meisterprüfung gemacht haben, Technikerausbildung gemacht haben.

Diese beiden Ausbildungen werden anerkannt, aber die Leute sind eben später in die Beamtenlaufbahn eingestiegen. Gerade für diese Berufsgruppen brauchen wir Bewerber, die über die notwendige Lebenserfahrung verfügen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, wir haben in Kempten das Wasserwirtschaftsamt besucht. Wir haben dort mit Flussmeistern, mit Verwaltungsbeamten und mit Ingenieuren gesprochen. Sehen Sie es nicht als ungerecht an, dass der Verwaltungsbeamte, der mit 16 Jahren seine Beamtenlaufbahn eingeschlagen hat, mit 64 Jahren abschlagsfrei in den Ruhestand gehen kann, der gleichaltrige Flussmeister, der vielleicht 35 Jahre mit dem Verwaltungsbeamten zusammengearbeitet hat, aber nicht die 45 Jahre zusammenbringt, 10,8 % Abschlag zahlen muss, obwohl er eine Lebensarbeitszeit von 47 Jahren hat?

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Richtig!)

Also ich finde das sehr ungerecht. Die arbeiten 35 Jahre nebeneinander her, und der eine kann dann mit 64 Jahren abschlagsfrei in den Ruhestand gehen, dem anderen werden 10,8 % von seiner Pension abgezogen.

Deshalb werden wir heute dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen, um diese Gerechtigkeitslücke zu schließen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Kollege Ganserer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten die Debatte schon bei der Ersten Lesung und dann im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Deswegen will auch ich heute nur noch die wesentlichen Punkte herausstreichen.

Das Problem ist weniger eine freiwillige Entscheidung von Einzelnen, von der privaten Wirtschaft ins Beamtentum zu wechseln, das Problem ist die Systematik der Beamtenzugangsvoraussetzungen.

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Während eine durchgehende Beamtenbiografie vom Abitur mit 19 Jahren bis zum Ruhestandseintritt im Verwaltungsdienst mit einer integrierten Beamtenausbildung normal ist, ist im technischen Dienst eine gemischte Erwerbsbiografie der Regelfall. So brauchen zum Beispiel – Kollege Schuster hat es schon erwähnt – die Flussmeisterinnen und Flussmeister einen Abschluss als anerkannte Techniker, um überhaupt Beamte werden zu können. Beim Werksdienst im Justizvollzug ist es genauso: Auch hier wird eine Meisterausbildung vorausgesetzt.

Anführen möchte ich noch einmal die zahlreichen Beamtengruppen, bei denen in der dritten Qualifikationsebene ein selbstfinanziertes Fachhochschulstudium der Beamtenausbildung voransteht. Auch wenn die Ausbildungszeit eines Studiums auf die Lebensarbeitszeit angerechnet wird, kommen doch immer mehr Menschen über den zweiten Bildungsweg zum Hochschulstudium, gerade bei den Diplomingenieuren – heute Bachelor –, und somit werden – das ist gewünscht – zwangsläufig auch über diesen Weg mehr Leute mit gemischten Erwerbsbiografien Beamte.

Dass es keineswegs Einzelfälle sind, ist heute schon ausgeführt worden. Wir haben es regelmäßig mit entsprechenden Petitionen im Ausschuss für den öffentlichen Dienst zu tun. Die Tatsache, dass die Beitragsjahre, welche in der freien Wirtschaft erworben werden, auf die abschlagsfreie Ruhestandsversetzung nicht angerechnet werden, finden die Betroffenen zu Recht ungerecht. Es heißt, die abschlagsfreie Ruhestandsversetzung ist eine Anerkennung für die besondere Dienstreue des Beamten, wenn er sein ganzes Leben beim Staat, bei seinem Dienstherrn, verbracht hat.

War derjenige Beamte, der vor der Tätigkeit als Beamter in der freien Wirtschaft seine Ausbildung absolviert hat und dann mit 64 Jahren vielleicht insgesamt 46, 47, manch-

mal sogar 49 Jahre Lebensarbeitszeit gehabt hat, aber aufgrund dieser Zugangsvooraussetzungen niemals auf 45 Dienstjahre, sondern vielleicht nur auf 35 Dienstjahre kommt, seinem Dienstherrn in 35 Jahren weniger treu als der andere, der aufgrund der Beamtenausbildung von Anfang an seine Lebensarbeitszeit beim Staat verbringen konnte? - Inhaltlich begrüßen wir den Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER als einen konstruktiven Lösungsvorschlag, diese Gerechtigkeitslücke zu schließen.

Ich möchte zum Schluss noch ein Argument anführen, das bisher überhaupt noch nicht zur Debatte stand. Der Fachkräftemangel in Deutschland ist nicht nur ein Problem der freien Wirtschaft, sondern er betrifft auch den öffentlichen Dienst. Nach einer Studie des Deutschen Beamtenbundes fehlen bereits jetzt schon 170.000 Fachkräfte für den gesamten öffentlichen Dienst in ganz Deutschland. Durch zunehmend altersbedingte Abgänge wird sich die Situation verschärfen.

Auch der Freistaat Bayern hat als Dienstherr in vielen Bereichen einen Altersbauch bei den Fünfzig- bis Sechzigjährigen. Das heißt, die Altersabgänge werden mehr, und die Stellen werden hoffentlich nicht alle eingespart. Man wird sie auch nicht einsparen können, weil wir die Aufgaben weiterhin erfüllen müssen. Das heißt, dass wir in Zukunft einen zunehmenden Bedarf an jungen Fachkräften haben. Deswegen sollten wir zusehen, wie wir den öffentlichen Dienst für diese Leute attraktiv halten können. Wir müssen damit rechnen, dass wir zunehmend gemischte Erwerbsbiografien haben. Deswegen werden wir diesem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, verbleiben Sie bitte am Rednerpult. – Für eine Zwischenfrage, Frau Kollegin Heckner. Bitte schön.

Ingrid Heckner (CSU): Lieber Herr Kollege Ganserer, ist Ihnen bekannt, dass weder im Bundesrecht noch in irgendeinem Landesbeamtenrecht die von Ihnen geforderte Lösung in der Realität besteht? Mein Kollege Volker Bauer spricht von Populismus; das ist es wirklich so. Mit dem wunderschönen Begriff Gerechtigkeit kann ich so viele

Emotionen wecken. Wie fühlt sich ein Nur-Beamter, der zu seinem 64. Lebensjahr halt nur 43 Berufsjahre zusammenbringt? Ist das nicht vielleicht auch ungerecht? Er hat jetzt 43 Jahre gearbeitet. Sein Kollege war nur 20 Jahre da und hat dazu noch 20 Rentenjahre. Der darf gehen, weil wir alles schön zusammenzählen. Die Gerechtigkeit kann ich in vielen Richtungen ausstaffieren, so viel ich will.

Sie sprechen an, dass wir Leute aus der freien Wirtschaft anwerben. Überall dort, wo diese Berufstätigkeiten laufbahnrechtlich Voraussetzung für das Beamtentum sind, werden relevante Ausbildungszeiten auch angerechnet. Wir rechnen auf die 45 Jahre so viel an.

Lieber Herr Kollege und auch die anderen Kollegen der Opposition, ich möchte wirklich darum bitten, unser Versorgungsrecht nicht überzustrapazieren. Wir werden eine Generation von jungen Menschen bekommen, die sehr viel arbeiten muss, um unseren – Gott sei Dank – vielen Beamten, die lange ihren Ruhestand genießen dürfen, den Lebensstandard garantieren zu können.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ganserer, bitte schön.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Kollegin Heckner, wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass ich es in meiner Rede durchaus anerkannt habe, dass die Ausbildungszeiten dort, wo sie vorgesehen sind, auch anerkannt werden. Aber genau bei diesen Ausbildungsbereichen und bei den gemischten Erwerbsbiografien, die zwangsweise notwendig sind, wird deutlich, dass das Leben und die Ausbildungszeiten eben nicht nur nach Plan verlaufen, sondern dass sehr viele Leute sich stückweise hocharbeiten. Sie brauchen erst einmal eine Berufsausbildung und ein gewisses Maß an Arbeitserfahrung, um eine Technikerausbildung antreten zu können. Es ist nicht so, dass der eine sich sofort, sobald er seine Pflichtzeiten zusammen hat, zum Techniker anmeldet, sondern viele tun das erst nach wenigen Jahren.

Das heißt nicht, dass derjenige mit mehreren Jahren Berufserfahrung in der Praxis später der schlechtere Beamte ist.

Zu Ihrer Aussage, dass es in anderen Ländern nicht vorgesehen ist: Gerade die CSU rühmt sich, dass sie hier in Bayern ihre Beamten vorzüglich behandelt. Da wäre das einmal eine Sache! Sie können denjenigen, der 45 Jahre gearbeitet hat und mit 64 in den Ruhestand geht, nicht mit demjenigen vergleichen, der 43 Jahre gearbeitet hat. Man kann nicht sagen, dass jemand, der von den 45 Jahren 15 oder 20 Jahre in der freien Wirtschaft verbracht hat, seinem Dienstherrn schlechtere Arbeit und Dienste geleistet hat als derjenige, der aufgrund der Zugangsvoraussetzungen von Anfang an seine Lebensarbeitszeit beim Staat hat verbringen können.

(Ingrid Heckner (CSU): Nicht schlechter, aber kürzer!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat für die Staatsregierung Herr Staatssekretär Hintersberger um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich bei Kollegin Heckner und beim Kollegen Bauer bedanken, die dieses Thema intensiv auch in der Beratung des zuständigen Ausschusses dargestellt haben. Ich möchte von daher nur zusammenfassen. Man kann den Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER drehen und wenden, wie man will, liebe Kolleginnen und Kollegen; es geht entscheidend darum, dass wir unseren Beamten eine solide, planungssichere Finanzierung sichern, gerade auch was die Versorgung anbelangt. Dies ist die entscheidende Grundlage. Von daher ist im bayerischen Dienstrecht ganz bewusst auch eine Abschlagsfreiheit vorgesehen, die wir im Gegensatz zu den Bundesbeamten – das ist schon zur Sprache gekommen – bei Vollendung des 64. Lebensjahres als Möglichkeit festgelegt haben.

Mit dieser Abschlagsfreiheit wird ganz bewusst – auch zur Honorierung der Betriebs-treue – auf eine lange Dienstzeit abgestellt. Das ist nicht unkeusch. Das heißt, es wer-den nur die Zeiten als Beamter oder die relevanten Zeiten vor der Beamtenzeit aufge-schlagen, also selbstverständlich auch Ausbildungs- und Studienzeiten berücksichtigt. Frau Kollegin Heckner hat dies bereits ausgeführt. Kindererziehungszeiten bis zum 10. Lebensjahr werden ebenfalls berücksichtigt. Daher werden wir dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht folgen, den abschlagsfreien Ruhestand auszuweiten.

Nach unserem Dafürhalten darf es hier keine Rosinenpickerei geben. Wir halten die-sen Gesetzentwurf insbesondere deshalb für falsch – wie bereits ausgeführt –, weil er die folgenden drei Punkte ignoriert: Erstens verfügt Bayern auf diesem Gebiet bereits jetzt über die günstigste Regelung, weil bayerische Beamte schon ab dem 64. Le-bensjahr abschlagsfrei in den Ruhestand gehen können und nicht erst mit 65 Jahren wie im Bundesbeamtentum. Wir übernehmen die Tarifabschlüsse TdL 1 : 1. Auch das ist ein wichtiger Punkt in der gesamten Versorgungsbreite unserer Beamten. Zweitens belasten die Auswirkungen dieses Gesetzentwurfs den bayerischen Dienstherrn ohne Grund für Zeiten, die mit dem Dienstverhältnis nichts zu tun haben. Drittens werden die Bemühungen konterkariert, die Versorgung der Beamten dauerhaft zukunftsfähig zu gestalten. Dies ist eine ganz entscheidende und grundlegende Aufgabe des bayeri-schen Dienstherrn, den wir durch die beiden großen Säulen – Aufbau eines Pensions-fonds und dementsprechende Schuldentilgung – zukunftsfähig gestaltet haben. Sie kennen dies.

Ich fasse zusammen: Eine Rosinenpickerei ist zu der klaren und soliden Planungssi-cherheit einer an Fairness und Stabilität orientierten Politik keine Alternative. Deshalb bitte ich Sie, diesen Gesetzentwurf abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Jetzt habe ich noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Meyer vorliegen. Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, Ihr Vorwurf der Rosinenpickerei war wieder das Tüpfelchen auf dem i; denn in Bayern ist die Situation nicht so gut, dass sie nicht noch besser gemacht werden könnte.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich war damals bei den Beratungen über das Neue Dienstrecht im Ausschuss dabei. Damals wurde auch gefordert, die Lebensleistung zu belohnen. Deswegen wurde die Forderung nach abschlagsfreiem Ruhestand ab dem 64. Lebensjahr vorgelegt. Sie ziehen sich jetzt auf die Treue zum Dienstherrn zurück.

(Ingrid Heckner (CSU): Das macht jeder Arbeitgeber so! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Frau Kollegin Heckner, wir sind uns sicher darin einig, dass erworbene Rentenversicherungsansprüche zum Eigentum im Sinne von Artikel 14 des Grundgesetzes gehören.

Herr Staatssekretär, deswegen folgende Frage – Herr Kollege Bauer ist darauf "dankenswerterweise" überhaupt nicht eingegangen –: Warum gehen Sie nicht den Weg anzuerkennen und zu sagen: Gut, für deine Dienstzeit als Beamter bekommst du den Abschlag, und mit den privat erworbenen Rentenversicherungsansprüchen kannst du die Pension auffüllen? Aber genau das tut der Freistaat Bayern nicht, sondern im Ergebnis kassiert er die Pension wieder ein. Das ist auf jeden Fall eine Gerechtigkeitslücke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen, was diese theoretische Diskussion angeht, hat das Bundesverfassungsgericht diese Regelung mehrmals für sinnvoll gehalten. Es ist keineswegs ungerecht, dass wir als bayerischer Dienstherr diese besondere Bindung zum bayerischen

Dienstherrn mit der Anerkennung der relevanten Zeiten auch auf diesem Gebiet deutlich machen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Meyer (FREIE WÄHLER))

Es wurde bereits eine Vielzahl anderer Aspekte genannt, etwa 64 statt 65 Lebensjahre. Die Ausbildungszeiten werden ebenfalls angerechnet. Auch aufgrund der zusätzlichen Belastung halten wir es weder für richtig noch für gerecht, in diesem Fall dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Wir haben hierüber eine klare Aussage getroffen und die Aspekte deutlich gemacht.

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Dann lassen Sie ihnen doch die Rente. Aber das machen Sie nicht!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Herr Kollege Meyer, Sie haben eine Zwischenbemerkung gemacht. Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Daher kann ich bereits jetzt die namentliche Abstimmung aufrufen. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 17/4607 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Weil es jetzt besser passt, als zu Beginn der Sitzung, darf ich, bis alle Urnen bereitgestellt sind, die Gelegenheit wahrnehmen, Herrn Kollegen Mistol, der zu meiner Linken sitzt, zu seinem runden Geburtstag am 16. April alles Gute zu wünschen. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen.

(Namentliche Abstimmung von 13.47 bis 13.52 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte darum, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird dann zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit ich die Sitzung wieder aufnehmen kann.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, teile ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Peter Meyer und andere und Fraktion (FREIE WÄHLER) zur Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes, Drucksache 17/4607, mit. Mit Ja haben 70 gestimmt, mit Nein 80. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2015 zu Tagesordnungspunkt 1: Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; zur Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (Drucksache 17/4607)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	70	80	0